



Protokoll der Beratung am 14.02.2019

Ort: Stadthaus, Erich Kästner Platz 1, Raum 1.5
Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 19:00 Uhr

I Öffentlicher Teil

Feststellung der Beschlussfähigkeit

Mitglieder		Sachkundige Bürger		Gäste
Herr Kurth	SPD	Herr Lindner	SPD	Bitte Anwesenheitsliste beachten
Herr Käks	CDU	Herr Kusyk	AfD	
Frau Kühl	DIE LINKE	Herr Groß	AfD	
Frau Spring-Räumschüssel	AfD	Herr Kuchta	DIE LINKE	
Frau Breitschuh-Wiehe	B90/Grüne	Herr Seddig	CDU	
Herr Richter	DIE LINKE	Frau Mankour	DIE LINKE	
Herr Schulz	CDU	Herr Mittag	UC	
Herr Schreck	SPD			
Vertreter				

Entschuldigte Mitglieder:

Der Ausschuss ist beschlussfähig.

TOP 1. Bestätigung der Tagesordnung

Abstimmung: 8 : 0 : 0

TOP 2. Protokollkontrolle

Ergänzung zum Protokoll Dezember 2018, TOP 7 (Wortmeldung Herr Groß):

"Im "Märkischen Boten" war durch einen Leserbrief des Vorsitzenden des Vereins "Haus und Grund" Herrn R.Schenker, u.a. zu einem Treffen von interessierten Bürgern in Sachen Modellstadtbeiträge eingeladen worden. Daran hat Herr Klaus Groß, Sachkundiger Einwohner im RA ..., teilgenommen."

Abstimmung: 7 : 0 : 1

TOP 3. Beschlussvorlagen

TOP 3.1. OB-003/19

Satzung der Stadt Cottbus/Chóšebuz zur Förderung der sorbischen/wendischen Sprache und Kultur Wustawki města Cottbus/Chóšebuz k spěchowanjeju serbskeje rěcy a kultury

Fachbereich: Oberbürgermeister
Vorstellung durch Frau Kossatz-Kosel

Mit dieser Satzung soll Rechtssicherheit für die sorbischen/wendischen Bürgerinnen und Bürger, als auch für die Verwaltung geschaffen werden. In § 6 sollte noch der Bildungsausschuss aufgenommen werden. Bis zur StVV wird ein entsprechendes Austauschblatt nachgereicht. Die Mitglieder diskutierten u.a. zur Beschilderung auf Straßen (Radwegen, Autobahn), an Gebäuden und zur Kostenregelung. Zweisprachige Hinweisschilder an öffentlichen Gebäuden und Radwegen stellen nach Erörterung durch Frau Kossatz-Kosel jedoch kein finanzielles Problem dar, da die Kosten vom Land getragen werden.

Abstimmung: 8 : 0 : 0

TOP 3.2. III-002/18

Entgeltordnung für den Eigenbetrieb Tierpark Cottbus

Fachbereich: Kultur
Vorstellung durch Herrn Dr. Kämmerling

Die Erhöhung der Eintrittspreise für den Tierpark wurde durch den Werksausschuss mitgetragen. Neu aufgenommen wurden eine Familienjahreskarte und der Zooschulbeitrag. Der Tierpark erhält vom Land keine Zuschüsse. Das Handling zum Umgang mit der Ausgabe der Familienjahreskarte wird noch geprüft (evtl. Vorlage Kindergeldbescheid), wobei auf eine praxisnahe Handhabung Wert gelegt werden soll.

Abstimmung: 8 : 0 : 0

TOP 4: Anträge aus den Fraktionen und der Verwaltung

Keine Themen

TOP 5: Informationen und Anfragen aus Fraktionen und Verwaltung

5.1. Bericht zur Sicherheit in der Stadt Cottbus

Frau Groß und Herr Geißler informierten zur Lage wie folgt:

Bei Problemlagen die öffentliche Sicherheit und Ordnung betreffend hat sich in Cottbus die Einrichtung eines breiten Netzwerkes bewährt. Hierzu gehören in erster Linie die Polizei und die Verwaltung, sowie der städtische Vollzugsdienst, der Fachbereich Soziales, die Ausländerbehörde oder der Fachbereich Jugend. Je nachdem, welche Problemlage Gegenstand ist, werden weitere Partner wie Streetworker, Sportvereine, Schulen, Seniorenbeirat, Vermieter und andere Institutionen/Initiativen hinzugezogen.

Gemeinsam mit der Polizei gehören zum ständig durchgeführtem Maßnahmenpaket z. B.

- deutliche Verstärkung der Präsenz von Polizei und städtischem Vollzugsdienst durch regelmäßige Fußstreifen bis in die Abendstunden unter Beachtung von stattfindenden „Verdrängungen“
- die Gesamteinsatzzeit sich hierbei auf gemeinsame Kontrollen an 243 Tagen mit einer Einsatzzeit von über 1.300 Kontrollstunden (Zeitraum: 18.01.2018 bis Jahresende 2018)

- Präsenzkontrollen in gemeinsamer Absprache mit Cottbusverkehr in den öffentlichen Verkehrsmitteln
- deutlich wahrnehmbare Präsenz bei den Großveranstaltungen der Stadt Cottbus wie Karnevalsumzug, Stadtfest, Weihnachtsmarkt u.ä.
- Erlass und Durchsetzung eines Alkoholverbotes im Zentrum der Stadt in der Zeit vom 17.04. – 31.10.2018 dazu 135 gemeinsame Kontrollen von städtischem Vollzugsdienst und Polizei mit 675 Präsenzstunden
- 132 Kontrollen durch den städtischen Vollzugsdienst mit 330 Präsenzstunden

Dabei wurden folgende Feststellungen getroffen:

- 118 Verstöße gegen das Alkoholverbot inklusive der daraus resultierenden Gefährderansprachen
- 98 Platzverweise
- 11 Zwangsgelder in unterschiedlichen Höhen wegen wiederholten Verstoßens gegen das Alkoholverbot

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass vermehrte Kontrollen regelmäßig dazu führen, dass Ordnungswidrigkeiten und Regelverstöße vermehrt festgestellt werden. Für das Jahr 2019 wird anhand der aktuellen Lage eine Prüfung erfolgen.

Nach wie vor kann eingeschätzt werden, dass mit diesen Maßnahmen dazu beigetragen wird, eine spürbare Verbesserung des Sicherheitsgefühls in der Stadt erreicht zu haben. Die Akzeptanz für diese Maßnahmen ist innerhalb der Bevölkerung und der anliegenden Gewerbetreibenden hoch.

Aus diesem Grund wird weiterhin dieser hohe Personaleinsatz gemeinsam von Land (Polizei) und Stadt (Ordnungsamt) geleistet, um potentielle Ordnungsstörer abzuschrecken, Verunreinigungen und Belästigungen frühzeitig zu erfassen und den Bürgern und Gästen unserer Stadt als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen.

Leider sind immer mehr verbale Angriffe auf die Kontrollkräfte zu verzeichnen.

Hinweise zu Ordnungswidrigkeiten, welche über unterschiedlichste Wege angezeigt werden, werden so schnell wie möglich abgearbeitet. Hier gelingt es leider nicht immer eine entsprechende Informationslinie aufzubauen, so dass jeder Bürger auch zeitnah eine Rückinformation erhält.

Zum geplanten Sicherheitszentrum gab Herr Gransalke Erläuterungen, wobei er drei Varianten der Personalpräsenz erörterte (Anlage).

Die Mitglieder des Ausschusses äußerten sich positiv zur Variante I; hier sollte aber die Sprechzeit bis 20.00 Uhr verlängert werden.

Weiterhin diskutierten die Mitglieder die Höhe der Mietkosten und sprechen sich für eine sachgerechte Abwägung aus. Gegebenenfalls sollten auch andere Standorte geprüft werden.

Im Verlauf der Diskussion zur Lage in der Stadt zeigte sich, dass das Thema Drogenkriminalität an Schulen von besonderer Bedeutung ist und es wurde verabredet, hierauf in einer der nächsten Sitzungen besonders einzugehen.

Als Fazit war festzustellen, dass die Lage in Cottbus durch die Polizei als sicher eingeschätzt wird.

TOP 6: Petitionen

- Petition Scandale

Herr Gärtner fasste seine Petition kurz nochmals zusammen. Ziel ist der Erhalt des Clubs, wobei Herr Gärtner darauf verwies, dass ein Ausweichstandort gesucht werde.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Mitgliedern des Ausschusses vor. Zur weiteren Verfahrensweise wurde vorgeschlagen, dass in der Sitzung im März der zuständige Bereich aus der Verwaltung mit eingeladen wird, um über den weiteren Fortgang zu informieren. Der Petent soll danach eine abschließende Antwort bekommen.

- **Bürgerinitiative Schönes Cottbus**

Herr Schulz äußerte sich zur Petition, ob gesetzliche Vorgaben eingehalten wurden - hier insbesondere bei der Unterschriftenliste. Durch den Vorsitzenden wurde darauf verwiesen, dass nach der Kommunalverfassung keine Formvorgaben für Petitionen auf der kommunalen Ebene bestehen.

Der Petent bekommt eine Zwischeninformation über den Eingang der Unterlagen und die nunmehr erfolgende Prüfung.

Die Verwaltung wird aufgefordert, dem Ausschuss bis zur kommenden Sitzung eine Stellungnahme vorzulegen. Der zuständige Bereich der Verwaltung wird zu dieser Sitzung eingeladen.

TOP 7: Verschiedenes

- Herr Richter informiert über die schlechte Sicht auf Verkehrsschilder am Altmarkt und an der Mühleninsel

gez. Kurth
Vorsitzender des Ausschusses